



Genehmigt 21. November 2002

Protokoll Nr. 46

Sitzung von Donnerstag, 19. September 2002, 15.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Raymond Anliker	Ueli Haudenschild	Erich Ryter
Thomas Balmer	Kurt Hirsbrunner	Doris Schneider
Vinzenz Bartlome	Natalie Imboden	Beat Schori
Christof Berger	Urs Jaberg	Rolf Schuler
Peter Bernasconi	Michael Jordi	Miriam Schwarz
Margrith Beyeler	Gernan Kalbermatten	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Daniel Kast	Ernst Stauffer
Markus Blatter	Rudolf Keller	Michael Straub
Jsabelle Blunschy Scheidegger	Margareta Klein-Meyer	Barbara Streit-Stettler
Christine Bosshardt	Peter Künzler	Ueli Stückelberger
Peter Bühler	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Walter Christen	Markus Lüthi	Margrit Stucki-Mäder
Anna Coninx	Mario Marti	Hans-Ulrich Suter
Conradin Conzetti	Corinne Mathieu	Katharina Suter
Marie-Louise Durrer	Christian Michel	Margrit Thomet
Martina Dvoracek	Erik Mozsa	Catherine Weber
Andreas Flückiger	Barbara Mühlheim	Thomas Weil
Rudolf Friedli	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Hans Ulrich Gränicher	Ruth Rauch	Beat Zobrist
Guglielmo Grossi	Simon Röthlisberger	Andreas Zysset
Rolf Häberli	Lydia Riesen	

Entschuldigt:

Hans Peter Aeberhard	Daniele Jenni	Philippe Müller
Michael Aebersold	Markus Kiener	Heinz Rub
Oskar Balsiger	Andreas Krummen	Sabine Scharrer
Dieter Beyeler	Annemarie Lehmann	Sylvia Spring Hunziker
Verena Furrer-Lehmann	Anton Maillard	Max Suter
Stephan Hügli	Christoph Müller	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Irène Maeder van Stuijvenberg

Traktanden

1.	Protokollgenehmigung (Protokolle Nrn 34, 35 + 36 vom 27. Juni 2002 und 37 + 38 vom 4. Juli 2002)	---
2.	ev. Weiterbehandlung des Voranschlags für das Jahr 2003	161
3.	Dringliche Interpellation Fraktion CVP/ARP (Daniel Kast, CVP): Sollen die Betreuungseinsätze von Zivilschutzleistenden in den Berner Alters- und Pflegeheimen wirklich abgeschafft werden? (Wasserfallen)	124
4.	Dringliche Interpellation Martina Dvoracek (GB): Absurdes Velo-Fahrverbot auf Veloweg? (Frösch)	193
5.	Postulat Liselotte Lüscher (SP): Zum Jahr des älteren Menschen: Überprüfung der Phasen bei Übergängen mit Ampeln; Prüfungsbericht (Tschäppät)	---
6.	Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Hans Ulrich Gränicher, SVP): Zonenplan Manuelmatte (Tschäppät)	71
7.	Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Wintergärten: Wie weiter? (Tschäppät)	52
8.	Ersatz des Saugwagens mit Spüleinrichtung der städtischen Strassenreinigung; Anschaffungskredit (Kalbermatten/Tschäppät)	136
9.	Verkehrskreisel Marzili-/Sandrain-/Sulgeneckstrasse; Baukredit (Schneider/Tschäppät)	158
10.	Motion Fraktion GB/JA!/GPB (Michael Jordi, GB): Leistungskoordination Stadtfinanzen – Zivilschutz national (Wasserfallen)	106
11.	Motion Thomas Fuchs (SVP): Bürger- und Gewerbefreundlich: Zibelemärit inskünftig offiziell ganz- oder halbtags arbeitsfrei, wie dies bei der Basler Fasnacht, dem Sechseläuten oder dem Knabenschieszen schon lange der Fall ist! (Wasserfallen)	117
12.	Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil/Thomas Fuchs, SVP): Häuserbesetzungen, fehlende Bewilligungen, unbewilligte Demos, Gewalt gegen Polizeibeamte, Beihilfe zur Flucht von haftgefangenen – wie lange toleriert die rotgrüne Gemeinderatsmehrheit den rechtsfreien Raum Reithalle? (Wasserfallen)	92
13.	Reglement vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung: Totalrevision Friedhofgebühren (Rub/Guggisberg)	203 (2001)
14.	Kleine Anfrage Dieter Beyeler (SD): Kreiselsponsoring Seftigenstrasse/ Weissensteinstrasse (Guggisberg)	165
15.	Motion Fraktion SP (Rudolf Käsermann): Gestaltung, Nutzung und Betreuung der Kleinen Allmend; Fristverlängerung / Postulat Fraktion SP (Edith Madl Kubik): Ökostadt Bern: Naturnaher Modellpark Kleine Allmend; Fristverlängerung (Guggisberg)	143
16.	Grosse Schanze: Aussenraumgestaltung; Baukredit (Weber/Guggisberg)	121
17.	Brandgefahren Altstadt: Brandschutzmassnahmen für verschiedene Objekte im Verwaltungsvermögen; Baukredit (Weber/Guggisberg)	123
18.	Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Sparpotenzial bei 5 statt 7 Gemeinderatsmitgliedern (Baumgartner)	145

Mitteilungen

Die *Ratspräsidentin* verweist auf die Notiz zur Weiterbildungsveranstaltung NSB, 2. Runde. Sie bittet die Ratsmitglieder, diese Anmeldung noch heute Franck Brönnimann, der Ratsweibel Beat Roschi vertritt, abzugeben.

Traktandenliste

Catherine Weber (GB) beantragt, Traktandum 16: Grosse Schanze: Aussenraumumgestaltung; Baukredit, nach Traktandum 4 zu behandeln, da die nötigen Grab-, Rodungs- und Pflanzarbeiten so rasch als möglich ausgeführt werden sollten, damit im nächsten Frühjahr angepflanzt und das Areal am 2. Mai 2003 eröffnet werden könne.

Beschluss

Der Rat stimmt dieser Änderung der Traktandenliste mit 40 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 34, 35 und 36 vom 27. Juni und 37 und 38 vom 4. Juli 2002 werden mit bestem Dank an die Verfasserinnen und den Verfasser genehmigt.

2 Voranschlag für das Jahr 2002 Fortsetzung der Beratung vom 12. September 2002

Direktorin FPI *Therese Frösch* erinnert daran, dass dem Volk ein ausgeglichenes Budget unterbreitet werden müsse. Sollten in der Detailberatung Anträge gutgeheissen werden, die eine Über- oder Unterschreitung bewirken, sehen wir vor, dies über die Abschreibungen des altrechtlichen Finanzfehlbetrags, den wir mit dem guten Rechnungsabschluss mehr als erfüllt haben, auszugleichen.

Detailberatung Fortsetzung

Antrag Fraktion CVP/ARP zur **Kulturförderung**

PRD S. 24: 3650118 Musikkorps, Laienorchester etc.

+ 8 650.00

German Kalbermatten (CVP): Seit mehr als 10 Jahren wurde der Beitrag an die verschiedenen Musikkorps nicht mehr erhöht, obwohl die Kosten für Kauf und Unterhalt der Instrumente, Notenmaterial, Miete der Lokale, Honorare der Dirigenten usw. angestiegen sind. Die Stadtmusik z.B. hat einen grossen Teil ihres Instrumenteninventars reduziert, um die Kosten für den Unterhalt der restlichen Instrumente finanzieren zu können. Die kleinen Instrumente sind heute mehrheitlich in Privateigentum, die grösseren werden meistens von Idealistinnen und Idealisten gespielt, kosten jedoch ein Mehrfaches eines durchschnittlichen Monatsgehalts und werden in der Regel von den Vereinen zur Verfügung gestellt. Im Vergleich mit der Stadt Freiburg, ist der Beitrag der Stadt Bern bescheiden. Gemeinden wie Ostermundigen oder Worblaufen stellen den Vereinen gratis ein Probelokal zur Verfügung. In Anbetracht des für die Kulturförderung budgetierten Betrags von 27 Mio Franken sind 8 650 Franken für die Musizierenden ein kleiner Betrag. Werden in der Stadt Bern nur elitäre Profis ernsthaft unterstützt oder honoriert? Die Stadt stützt die Traditionen der Altstadt und der Quartiere, vernachlässigt jedoch die Volkskultur, die in der Stadt ihre Wurzeln und ihre Tradition hat. Die meisten Vereine plagen finanzielle Sorgen – die 180jährige Stadtmusik wie die Blasmusik Bümpliz. Vereine werden sehr stiefmütterlich behandelt. In der Stadt Bern sind über 500 musizierende Amateure tätig – eine bescheidene Zahl im Vergleich mit den ländlichen Gemeinden. Die Vereine leisten einen Beitrag an die Stadtkultur, die Musik ist eines der wichtigsten Mittel zur Förderung gesellschaftlicher Strukturen, der Zusammenarbeit von Jung und Alt, von Begabten und weniger Talentierten. Die Musik fördert die Konzentration, das Zuhören, das Miteinander und die Achtung vor den andern. Ohne diese Vereine gäbe es in unserer modernen Konsumgesellschaft noch mehr Ausgegrenzte. Es geht um einen finanziellen Zustupf für ein tief verankertes Volksgut. Der Rat möge dieser Erhöhung zustimmen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* bittet den Rat im Namen des Gemeinderats, diesen Antrag abzulehnen. Letztes Jahr wurde dieser Beitrag erhöht, nachdem er im Jahr vorher reduziert

worden ist. Tatsache ist, dass alle Kulturinstitutionen: freiwillig, ganz professionell oder halb professionell, diesen Finanzdruck spüren. Wir haben versucht, das Niveau beizubehalten und nirgends Erhöhungen vorgesehen. Kultur ist sehr wichtig, es sollten jedoch alle gleich behandelt werden.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag Fraktion CVP/ARP mit 32 : 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Antrag Fraktion SVP/JSVP

Produktgruppen-Budget 2003/Jugendamt

Trägerverein für offene Jugendarbeit TOJ:

Mädchentreff Punkt 12 Abgeltung - 142 130.00

Margrit Thomet (SVP): Unsere Fraktion hat bereits in der Stadtratsdebatte zum Abschluss der Leistungsverträge zum Mädchentreff festgehalten, dass dieses Angebot über andere bestehende Institutionen abgedeckt werden könne.

Béatrice Stucki (SP) bittet den Rat, diesem Antrag nicht zu folgen. Bereits in den Burgen und Schlössern gab es immer Frauenräume, die sogenannten Kemenaten, d.h. Frauenräume sind keine neue Erfindung der Linken. In diesen Räumen wurde diskutiert und wurden Strategien entwickelt.

Simon Röthlisberger (JA!). Der Rat hat dieses Thema schon mehrmals ausführlich besprochen und ein Antrag Fraktion SVP/JSVP ist mit 44 : 18 Stimmen abgelehnt worden. Es gibt auch einen Gieletag 02, der im „Bund“ vom 16. September beschrieben worden ist.

Beschluss

Der Rat lehnt den Kürzungsantrag Fraktion SVP/JSVP mit 38 : 17 Stimmen ab.

Anträge FIKO/GPK zum **Jugendamt**

DSO S. 39: 3650321 Dachverband für offene Kinderarbeit DOK	+ 133 200.00
S. 39: 3650340 Trägerverein für offene Jugendarbeit	+ 266 180.00
S. 39: 3650320 Beiträge an private Institutionen	+ 296 000.00
S. 39: 3650327 Verein Tageseltern	+ 15 000 00
S. 36: 4510000 Rückerstattungen Kanton	Ausgleich 710 380.00

Rudolph Schweizer (SVP) begründet diese Anträge im Namen der GPK. Beim Jugendamt geht es um eine Erhöhung von gesamthaft 1,5 Mio Franken, resultierend aus 800 000 Franken für 40 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze (politischer Auftrag) und 700 000 Franken für die Teuerungszulage an das Personal städtischer und privater subventionierter Einrichtungen. Diese Teuerung entspricht den Vorgaben für die übrige Stadtverwaltung. Die offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Holligen und Untermatt sowie 16 im Jahr 2001 geschaffene Kinderbetreuungsplätze werden immer noch über Fonds finanziert. Dadurch sind diese Kosten nicht lastenausgleichsberechtigt. Einerseits verliert die Stadt dadurch Geld, andererseits werden die Fonds mittelfristig geplündert. Rudolph Schweizer bittet den Rat, diesen Anträgen zuzustimmen.

Direktorin DSO *Ursula Begert* hält fest, der Gemeinderat wersetze sich den Anträgen FIKO/GPK nicht. Wir hoffen aber, dass der Kanton diese Beträge in die Lastenverteilung aufnimmt.

Beschluss

Die Anträge FIKO/GPK werden einstimmig gutgeheissen.

Antrag GB/JA!/GPB zum **Sozialamt**

DSO S. 37: 3650317 Verein für Frauengesundheitszentrum		+ 100 000.00
S. 36: 4510000 Rückerstattungen Kanton	Ausgleich	100 000.00

Natalie Imboden (GB) beantragt dem Rat, darauf zu verzichten, angeblich (da Rückerstattung vom Kanton) 100 000 Franken beim Frauengesundheitszentrum einzusparen. Mit diesem Geld wird ein Bereich unterstützt, der von den Krankenkassen nicht abgegolten wird. Es geht um Schwangerschaftsberatung, Sozial- und Sexualpädagogik und Verhütungsberatung. Es ist sehr wichtig, dass diese präventiven Angebote in der Stadt Bern existieren. Die Familienplanungsstelle, die dem Inselspital angegliedert ist, hat klar signalisiert, sie sei überlastet. Sie arbeitet mit 300 Stellenprozenten und muss sehr viele Frauen abweisen oder auf lange Wartelisten vertrösten. Die Stadt Bern braucht auch Frauenräume im medizinischen, sozialen präventiven Bereich. Die Zahl der Benutzerinnen des Frauengesundheitszentrums aus der Stadt Bern, aber auch aus dem Kanton (diese bezahlen höhere Tarife, d.h. keine Quersubventionierung) hat in den letzten Jahren zugenommen. *Natalie Imboden* appelliert eindringlich, den Sparstift nicht bei diesem präventiven, sehr wichtigen Angebot anzusetzen. Im präventiven Bereich investiertes Geld ist auch für die Stadtkasse wichtig. Private Ärzte und Ärztinnen in diesem Bereich sind eher auf die medizinischen Leistungen fokussiert. Wenn der Betrag einmal gestrichen ist, bestehen mit Blick auf SAR wenig Chancen, dass dieses Angebot später wieder aufgenommen wird. Der Rat möge diesem Antrag zustimmen.

Margrit Thomet (SVP) entgegnet *Simon Röthlisberger*, der hier vorliegende Antrag sei genau so oft gestellt worden, wie ihr Antrag zum Mädchentreffpunkt 12. Das Angebot des Frauengesundheitszentrums wird vom Frauenspital sehr gut abgedeckt. Keine Frau muss auf Beratungs- oder Behandlungsleistungen verzichten, wenn dieser Betrag gestrichen wird. Weder Stadt noch Kanton können sich solche Doppelspurigkeiten leisten.

Auch *Margrith Beyeler* (SP) und die Fraktion SP/JUSO können diesen Antrag nicht unterstützen. Es ist unbestritten, dass das Frauengesundheitszentrum ein breites Angebot wahrnimmt und wichtige Aufgaben erfüllt. Wir haben intensiv darüber diskutiert. Diese Leistungen werden vom Frauenspital erbracht. Unser finanzieller Handlungsspielraum ist sehr klein und wir haben unsere Prioritäten anders gesetzt.

Rolf Häberli (SVP) ergänzt die Aussagen seiner Fraktionskollegin. Das Frauengesundheitszentrum habe als Pilotprojekt sehr gute Dienste geleistet. Dieses Pilotprojekt ist jedoch nun eingeholt worden. Die neue Frauenklinik kann alle Arbeiten übernehmen. Die im Frauengesundheitszentrum angebotenen Dienste sind krankenkassenpflichtig und das Zentrum kann ohne Probleme in eigener Regie weitergeführt werden, d.h. das Gesundheitszentrum kann in eine eigene Praxis umgewandelt werden. Diese Doppelspurigkeit können wir uns leider nicht leisten.

Natalie Imboden (GB) entgegnet, die medizinischen Leistungen würden tatsächlich abgedeckt. Es geht hier jedoch um den Präventiv- und Sozialbereich und um Beratungen junger Mädchen im Sexualbereich. Sie hat sich gestern nochmals in der Frauenklinik erkundigt und die Antwort erhalten, diese habe viel zu wenig Ressourcen und müsse junge Frauen abweisen. Die Nachfrage ist vorhanden. Der Rat möge diesen Betrag sprechen.

Stephan Hügli (FDP) hält fest, es handle sich um eine kantonale Aufgabe, die vom Kanton abgedeckt werde. Wenn es der Kanton nicht schafft, das nötige Angebot bereitzustellen, muss er angegangen werden. Die Stadt sollte nicht für den Kanton einspringen. Wir lehnen diesen Antrag deshalb ab.

Direktorin DSO Ursula Begert erklärt, das Frauengesundheitszentrum gehöre zum Sparpaket des Gemeinderats, es bestehe jedoch die Möglichkeit, die Kosten in Einzelfällen zu übernehmen. Der Rat möge diesen Antrag ablehnen.

Beschluss

Der Antrag GB/JA!/GPB wird mit 39 : 11 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Fraktion GB/JA!/GPB zum **AfUL**

BUI S. 49: 3180000 Honorare/Entschädigungen DL Dritter + 95 000.00

Antrag Fraktion SP/JUSO zum **AfUL**

BUI S. 49: 3180000 Honorare/Entschädigungen DL Dritter + 100 000.00

Martina Dvoracek (GB): Was 1998 in Frankreich begonnen hat, hat sich in den vergangenen fünf Jahren wie ein Flächenbrand ausgebreitet – der internationale Aktionstag „In die Stadt ohne mein Auto“. Mit den Jahren haben sich über Europa hinaus Hunderte, ja sogar Tausende Gemeinden und Städte an diesem Aktionstag beteiligt. An diesem Anlass wird auf verschiedenste Art und Weise gemeinsam mit der Bevölkerung lustvoll über die heutige Mobilität nachgedacht. Auf Grund zweier vor drei Jahren überwiesener Vorstösse (GB/JA!/GPB und SP/JUSO) ist auch Bern auf diesen Zug aufgesprungen und hat diesen Aktionstag schon zwei Mal durchgeführt – zuerst mit viel Engagement seitens der Umweltverbände, dann hat im letzten Jahr das AfUL die Projektleitung übernommen. Wie jeder öffentliche Anlass, dem eine Sensibilisierung zugrunde liegt, muss auch ein solcher Aktionstag wachsen können. Kommt ungünstiges Wetter dazu, kann das Potential eines solchen Tages nicht richtig ausgeschöpft werden. Martina Dvoracek freut sich darüber, dass dieses Jahr auch die Kirchen, das Blaue Kreuz oder die Mexikanische Botschaft ihren Anteil zum Gelingen dieses Anlasses beitragen. Es entwickelt sich langsam eine Eigendynamik. Über zwei Drittel der VRB-Gemeinden nehmen an diesem Aktionstag teil. Eine Übersicht von Energie Schweiz zeigt sogar auf, dass die Region Bern im schweizerischen Mittel ein überdurchschnittliches Engagement aufweist. Eine Kürzung des Beitrags wäre somit nicht nur für Bern, sondern für die gesamte Schweiz ein schlechtes Zeichen. Unsere Fraktion zieht ihren Antrag jedoch zugunsten desjenigen der Fraktion SP/JUSO zurück.

Beat Zobrist (SP) begründet den Erhöhungsantrag der Fraktion SP/JUSO. 364 Tage im Jahr rollt der Verkehr und an einem Tag haben wir die Möglichkeit, uns ohne Motor fortzubewegen. Der Langsamverkehr und der öV sind die Mobilität der Zukunft. 40% des CO₂-Ausstosses rühren immer noch von den Verbrennungsmotoren her. Deshalb gewinnt dieser Aktionstag in Europa immer mehr an Bedeutung. Die Region Bern macht extrem gut mit. Es wäre schade,

wenn dieser Schwung von der Stadt Bern gebremst würde. Wir bitten den Rat, diese Million wieder ins Budget aufzunehmen, damit der Verkehr an einem Tag im Jahr nicht rollt.

Daniel Kast (CVP): Die einhellige Meinung in der Quartierkommission Länggasse ist, dass das Verkehrsaufkommen in der Länggasse am Aktionstag „Bern bewegt nicht“ zugenommen hat. Es ist klar, dass in den Quartieren mit dem Auto eingekauft wird, wenn nicht in die Stadt gefahren werden kann. Das ist sicher nicht das Ziel eines solchen Aktionstages.

Raymond Anliker (SP) erfüllt es mit Genugtuung feststellen zu können, wie sich immer mehr Gemeinden an diesem Aktionstag beteiligen. Dieser Aktionstag ist auch keine ideologisch links-grüne Angelegenheit, sondern ein Tag, an dem darauf aufmerksam gemacht werden kann, dass es auch andere Formen von Mobilität gibt. Dieser Aktionstag sollte auch Anlass sein, sich zu überlegen, wie darauf verzichtet werden könnte, für die Freizeit dauernd mit dem Auto unterwegs zu sein. Ein allfälliger Umwegverkehr zeigt, dass es noch einige solcher Aktionstage braucht, bis die Leute merken, dass die Mobilität auch anders stattfinden kann.

Stephan Hügli (FDP) lehnt den Antrag ab, weil seine Fraktion dagegen sei, dass für einen solchen Aktionstag 100 000 Franken ausgegeben werden. Sie ist jedoch nicht gegen die Durchführung eines solchen Aktionstages.

Erich Ritter (SVP) betont, seine Fraktion fahre nicht nur an einem Tag ohne Auto in die Stadt, sondern immer wieder. Die Stadt muss sparen, also sollten diese 100 000 Franken nicht gesprochen werden.

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Der Gemeinderat ist in keiner Art und Weise gegen diesen "Tag ohne Auto". Der Gemeinderat freut sich auch, dass der regionale Funke in diesem Bereich gezündet hat, denn dieses Problem kann nicht lokal gelöst werden, da es nicht an den Gemeindegrenzen Halt macht. Stephan Hügli entgegnet sie, ohne Geld sei dieser Tag nicht durchführbar. Aus finanzpolitischen Gründen lehne der Gemeinderat den Antrag jedoch ab.

Beschluss

Der Antrag Fraktion SP/JUSO wird mit 31 : 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

Antrag Fraktion GFL/EVP zum **AfUL**

BUI	3010000 Besoldungen und Zulagen	+ 15 000.00
	3310010 Anschaffungen Mobiliar	+ 7 000.00
	3100000 Büromaterial	+ 5 000.00
	3180000 Honorare	+ 10 000.00
	3310020 EDV Hardware	+ 5 000.00
	3181000 EDV Software	+ 8 000.00

Peter Künzler (GFL) erklärt, die Umweltberatung sei bis Januar 2002 vom Ökozentrum durchgeführt und getragen worden. Sie hat zum Zweck, Alltagsökologie zu verbreiten und Fragen zu beantworten. Die zu dieser Dienstleistung gehörende umfangreiche Bibliothek ist, nachdem das Ökozentrum aus finanziellen Gründen Ende Januar leider geschlossen werden musste, an das AfUL übergeben worden. Das AfUL hat zugesichert, dass ein reduzierter Dienst weitergeführt werden könne. Für die Durchführung dieses reduzierten Dienstes sind diese total 50 000.00 Franken aufzunehmen. Wir finden ein Aufrechterhalten eines solchen

minimalen Service in Sachen Alltagsökologie sehr wichtig, vor allem für eine Stadt, die mit der lokalen Agenda 21 aktiv ist.

Raymond Anliker (SP) erkundigt sich, ob es den Tatsachen entspreche, dass diese reduzierte Umweltberatung nicht mehr angeboten werden könne, wenn diese 50 000 Franken nicht gesprochen werden.

Direktorin BUI *Edith Olibet* erklärt, der Stadtrat habe letztes Jahr gegen den Willen des Gemeinderats 65 000 Franken für diese Aufgabe aufgenommen. Der Gemeinderat hat Prioritäten gesetzt, der finanzpolitischen Seite höheres Gewicht beigemessen und die 50 000 Franken aus dem Budget gestrichen, d.h. diese Umweltschutzberatung könnte nicht mehr erbracht werden. Der Gemeinderat bittet den Rat, den Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag GFL/EVP mit 35 : 23 Stimmen zu.

Antrag Fraktion CVP/ARP zum **Schulamt**

BUI S. 45: 3610000 Beiträge an Kanton (Ecole de la langue française) + 103 000.00

Daniel Kast (CVP): Die Französische Schule (ECFL) ist ein wichtiger Bestandteil des Schulangebots der Stadt Bern. Sie ermöglicht es Eltern aus der Romandie oder aus dem frankophonen Ausland, die nur vorübergehend in Bern wohnhaft sind, ihre Kinder in eine französisch sprachige Schule zu schicken. Die Region Bern verschafft sich mit dieser Schule einen Wettbewerbsvorteil als Arbeits- und Wohnregion. Die Schule verstärkt die Brückenfunktion des Kantons zwischen den beiden Landessprachen. Für Bern als Bundeshauptstadt ist eine französische Schule notwendig. Es ist für viele Kinder, die nur vorübergehend hier wohnen, nicht sinnvoll, die deutsch sprachige Schule zu besuchen. Seit 1982 trägt der Kanton 65%, der Bund 25% und die Stadt 10% der Gesamtkosten der Französischen Schule. Es ist ein Unikum, dass sich der Bund an einer Volksschule beteiligt. Der städtische Beitrag beträgt 375 000 Franken pro Jahr. Die Stadt hat ihn auf Ende Juli 2003 gekündigt. Im Budget 2003 sind somit nur noch 219 000 Franken vorgesehen. Zwei Drittel oder rund 220 Schülerinnen und Schüler der Französischen Schule sind in der Stadt Bern wohnhaft. Davon ist knapp die Hälfte Diplomatenkinder. *Daniel Kast* zählt die Kosten auf, die für die Stadt anfielen, wenn es die Französische Schule nicht gäbe. Die Stadt Bern darf sich bei der Französischen Schule nicht aus der Verantwortung ziehen, wie sie dies mit der Aufkündigung ihres Beitrags getan hat. Dies sollte auch für die Regionsgemeinden gelten, d.h. der Kanton sollte Verhandlungen mit den Regionsgemeinden aufnehmen, die auch Kinder in die Französische Schule schicken.

Barbara Streit (EVP) hält fest, die Fraktion GFL/EVP unterstütze diesen Antrag. Für jedes deutsch sprachige stadtberner Kind bezahlt die Stadt 15 000 Franken im Jahr, für die französisch sprachigen an der ECFL bis jetzt nur 1 000 Franken. Es besteht auch eine moralische Verpflichtung zu einem gewissen Engagement seitens der Stadt. Es ist zwar unbestritten, dass die Stadt ihre finanziellen Verpflichtungen, wo dies rechtlich möglich ist, reduzieren sollte, unbestritten ist aber auch, dass im vorliegenden Fall mit Kanton und Bund geprüft werden sollte, welcher Finanzverteiler hier sinnvoll ist und ob die Stadt substanziell entlastet werden kann. Bern ist zudem ein zweisprachiger Kanton und die Stadt Bern Hauptstadt der Schweiz. Bei vielen Gelegenheiten brüsten wir uns mit unserer Zweisprachigkeit, einem Nebeneinander von Kulturen. In Bern wohnen rund 9 000 bis 10 000 Romands, zum grossen Teil Bundesbeamte aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg und Waadt. Was ist das für eine Hal-

tung der Stadt Bern, wenn der Stadtpräsident bei der Französischen Schule kurzfristig vorstellig wird, nachdem die Schule diesen Schock, dass die Stadtberner Beiträge um rund 150 000 Franken gekürzt werden sollen, zwei Tage vorher via Zeitungsmeldung erfahren hat? Wieder einmal ein ungeschickter brüsker Umgang mit Leuten und Kreisen, die sich mit grossem Engagement für eine öffentliche Sache, die eigentlich dem Staat obliegt, einsetzen. Wir hoffen fest, dass sich unsere Romands, die wir sehr hoch schätzen, nicht beirren lassen und diesen Umgang seitens der Stadt nicht als föderalistische Intoleranz, als mangelnde Kooperationsbereitschaft und sture Abgrenzung interpretieren. Die Tatsache einer Beitragskürzung bestreiten wir nicht, kritisieren jedoch die Art und Weise des Vorgehens. Diese Schule braucht mehr Zeit, um die Mittel anderweitig aufzutreiben.

Auch *Catherine Weber* (GB) und die Fraktion GB/JA!/GPB kritisieren das Vorgehen des Gemeinderats. Er hätte vor der Kündigung des Vertrags unbedingt Finanzverhandlungen mit allen Betroffenen aufnehmen müssen. Eventuell könnte auch der Anteil des Bundes erhöht werden. Wenn der Gemeinderat nicht aus diesem Zehnjahresvertrag ausgestiegen wäre, hätte sich dieser Vertrag nur um ein weiteres Jahr verlängert. Der Gemeinderat hat ein ungutes Signal ausgesendet und auch einen Brief des Vereins der ECFL vom Mai, der sehr viele Fragen beinhaltet, noch nicht beantwortet. Wir hoffen, dass alle Beteiligten möglichst rasch eine gute und faire Lösung für eine längerfristige Finanzierung dieser Schule finden werden. Immerhin geht es darum, die Schulung von rund 220 Schulkindern sicher zu stellen.

Stephan Hügli (FDP) unterstützt den Antrag im Namen seiner Fraktion als liberale und Bildungspartei. Es geht nicht an, dass dieser Beitrag von heute auf morgen gekündigt wird. Es sollte mit dem Bund über den Hauptstadtausgleich diskutiert werden, denn in der Hauptstadt eines mehrsprachigen Landes sollten mindestens zwei Landessprachen angeboten werden. Es kommt wesentlich günstiger, wenn dieses Angebot von der Französischen Schule wahrgenommen wird als von jemand anderem – Kanton oder Stadt Bern. Wenn eine Mehrheit dieser Kinder die deutschsprachige Schule besuchten und Zusatzdeutsch angeboten werden müsste, hätte dies höhere Kosten für die Stadt zur Folge, d.h. auch aus finanzpolitischen Gründen muss dem Antrag zugestimmt werden. Im Gegensatz zum Frauengesundheitszentrum gibt es dafür kein Auffanggefäss.

Michael Jordi (GB) ist überzeugt, dass diesem Antrag zugestimmt werden muss. Erstens ist die Französische Schule keine Diplomatschule, sondern eine Schule, die auch Kinder aus tiefen ökonomischen Schichten aufnimmt, die keine Möglichkeit für einen raschen Einstieg in die normale Schule haben. Sie funktioniert somit auch als Auffangbecken in sozialer Hinsicht. Zweitens, wenn beschlossen wird, dass diese Schule als Volksschulangebot finanziert werden muss und der Bund sich damit aus seiner Finanzierung zurückziehen kann, muss die Stadt diesen Anteil übernehmen. Michael Jordi ist der Ansicht, dass der Bund solche Leistungen abgelden muss. Es wird versucht, auf Kantons- und Bundesebene die Finanzströme via Lastenausgleich in Ordnung zu bringen. Es wäre sinnvoll, dass der Bund diese Leistungsabgeltung mit einer grosszügiger bemessenen Pauschale sicherstellt. Für diesen Ansatz sollte sich die Stadt einsetzen.

Corinne Mathieu (SP) stellt klar, die ECFL sei klar eine kantonale Schule. Die Stadt ist bis heute die einzige Gemeinde der Region, die sich finanziell an dieser Schule beteiligt hat, und zwar auf freiwilliger Basis. In der heutigen finanziellen Lage ist es der Stadt Bern nicht mehr möglich, zusätzliche freiwillige Aufgaben zu übernehmen, die nach Gesetz klar Kanton und Bund zufallen. Der Regierungsrat hat die Stadt dazu aufgefordert, ihre freiwilligen Leistungen zu überprüfen. Der Kanton nimmt gegenüber der Stadt in Sachen Finanzierung eine sehr re-

striktive Haltung ein. Beispiele: Kürzung der Beiträge an die Kornhausbibliothek und die Kulturinstitutionen im Rahmen der RKK, angedrohte Streichung der Beiträge an Tagesschulen etc. Seit 1982 – Jahr des Vertragsabschlusses – haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert. Art.70 der Bundesverfassung, der sog. Sprachenartikel, weist den Kantonen und dem Bund gemeinsam die Aufgabe zu, für Verständigung und Austausch zwischen den Sprachgruppen zu sorgen und sieht gleichzeitig die Unterstützung des Bundes für mehrsprachige Kantone vor, damit diese ihre Aufgabe erfüllen können. Die ECFL ist zweifelsohne eine Institution, welche die Aufgaben im erwähnten Artikel erfüllt. Die Fraktion SP/JUSO will jedoch nicht, dass die ECLF leidet, denn sie anerkennt die Leistungen dieser Schule. Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, in erneuten Verhandlungen höhere Beiträge von Kanton und Bund auszuhandeln, so dass sich die Stadt mit einem deutlich tieferen Beitrag am Budget der Schule beteiligen kann. Wir sind zuversichtlich, dass der Gemeinderat eine sowohl für die Schule wie auch für die Stadt verträgliche Lösung finden wird. Um den Verhandlungsspielraum des Gemeinderats nicht einzuschränken, werden wir dem Antrag der Fraktion CVP/ARP nicht zustimmen. Wir erwarten, dass sich in Zukunft auch die Regionsgemeinden an den Kosten der Französischen Schule beteiligen werden.

Direktorin BUI *Edith Olibet* bestätigt, dass die ECLF eine kantonale Schule sei. Die Trägerschaft liegt beim Kanton. Aus diesem Grunde hat der Gemeinderat den Ball nicht der Schule zugespielt, sondern dem Kanton. Die Existenzberechtigung dieser Schule stellt der Gemeinderat nicht in Frage. Er schätzt diese Schule und es ist ihm sehr wichtig, dass der Schule kein Schaden zugefügt wird. Zu solchen Situationen kommt es, wenn neun Sparpakete geschnürt sind, wenn sehr rigide Vorgaben des Kantons eingehalten werden müssen, wenn ein Regierungsrat über das Budget der Stadt Bern entscheidet und sie dazu auffordert, alle Beiträge an Dritte zu überprüfen und dort die Sparschraube anzusetzen. Genau dieser Kanton sagt nun, die Stadt könne bei der ECLF nicht einfach aussteigen. Die ECLF ist für die Stadt Bern ein Wettbewerbsvorteil wie die International School, die Rudolf Steiner Schule und andere Privatschulen. Mit Ausnahme der ECLF bezahlt die Stadt jedoch nichts, wenn die Eltern ihre Kinder in eine Schule schicken, deren Trägerin nicht die Gemeinde ist. Daniel Kast verweist Gemeinderätin Olibet auf den Sprachenartikel in der neuen Bundesverfassung, in dem diese Aufgabe klar den Kantonen zugewiesen wurde und darauf, wie schäbig der Bund die Stadt Bern in Sachen finanzielle Abgeltung im Vergleich mit andern Hauptstädten Europas behandle. Grundlage der Vereinbarung mit der ECLF war nie eine rechnerische, sondern es ging um die Rettung dieser Schule und es wurde ein politischer Kostenteiler festgelegt. Der Gemeinderat zieht sich in keiner Art und Weise aus der Verantwortung, sondern hat seine Verantwortung wahrgenommen und bereits ein erstes Gespräch mit einem Vertreter der Ecole und des Bundes auf der Erziehungsdirektion geführt. Ein zweites Mal wurde diese Schule mit einer Delegation des Regierungsrats und des Gemeinderats thematisiert. Wir haben signalisiert, dass wir zu einer Verhandlungslösung Hand bieten werden, jedoch nicht in der gleichen Beitragshöhe wie bis anhin. In erster Linie sind aufgrund der neuen gesetzlichen Grundlagen der Kanton und der Bund in der Pflicht. Regierungsrat Mario Annoni hat unsere Verhandlungsbereitschaft als Geste der Stadt Bern dankend entgegen genommen. Wir brauchen keine Zeit. Wir wollen rasch eine Lösung finden. Mit einem Ja zu diesem Antrag wird dem Gemeinderat jegliche Verhandlungsgrundlage entzogen. Gemeinderätin Olibet sichert dem Rat zu, der Gemeinderat lasse die Ecole nicht im Stich, der Ball müsse jedoch dem Kanton zugespielt werden. Der Brief der ECFL ist noch nicht beantwortet worden, weil wir uns mitten in den Verhandlungen befinden. Wir haben der Schule immer versichert, sie werde keinen Schaden erleiden. – Stephan Hügli entgegnet sie, der Kanton sei Trägerin dieser Schule. – In dieser Schule ist auch nicht ein Kommen und Gehen. Die Kinder werden in der ECFL sehr gut geschult und besuchen diese im Normalfall während mehrerer Jahre. Von den erwähnten 220

Kindern sind 122 bei uns gemeldet, die restlichen 100 sind wahrscheinlich Diplomatenkinder. – Gemeinderätin Olibet verspricht, dass der Gemeinderat alles tun werde, damit die Schule nicht die Leidtragende der Kündigung der Vereinbarung sein werde. Wir werden gemeinsam mit Kanton, Bund und Regionsgemeinden eine Lösung finden. Klar ist jedoch, dass ein tieferer Beitrag für die Stadt ausgehandelt werden muss. Die Schule darf aber nicht darunter leiden. Ungewiss ist, ob im Laufe des Jahres 2003 ein Nachkredit unterbreitet werden muss, falls der Antrag der Fraktion CVP/ARP abgelehnt wird.

Daniel Kast (CVP) betont, dieser Betrag werde im Budget als Einsparung ausgewiesen. Es ist am Rat, die Bremse zu ziehen. Ihm ist keine andere Volksschule bekannt, an deren Kosten sich der Bund beteiligt.

Corinne Mathieu (SP) entgegnet ihrem Vorredner, er suggeriere, dass die Stadt eine Volksschule im Regen stehen lasse, was nicht stimme. Träger der Ecole seien heute der Kanton und der Bund.

Ueli Stückelberger (GFL) findet, die Ausführungen von Gemeinderätin Olibet tönten wohl überzeugend, der Rat müsse sich jedoch bewusst sein, dass eine Zustimmung zum Antrag der Fraktion CVP/ARP nur bedeute, dass der Gemeinderat mit dieser Summe im Budget ermächtigt werde, einen Beitrag an den Kanton in diesem Rahmen zu bezahlen. Das heisst nicht, dass der volle Rahmen ausgeschöpft werden muss, wenn eine Lösung mit einem höheren Kantonsbeitrag gefunden werden kann. Wenn dieser Betrag im Budget enthalten ist, braucht es keinen Nachtragskredit. In diesem Sinne stimmen wird dem Antrag zu.

Stephan Hügli (FDP): Ist die Ecole nun eine kantonale, eine private, eine eidgenössische, eine gemischte, eine Volksschule oder eine Privatschule? In dieser Schule werden vor allem französischsprachigen Kindern in der Hauptstadt eines deutsch-französischsprachigen Kantons Plätze angeboten. Ein Vergleich mit der Steiner-Schule oder der Feusi-Schule hinkt. Privatschulen entlasten den städtischen Haushalt. Dass ein Nachkredit in Aussicht gestellt wird, heisst doch, dass der Ball nicht dem Kanton zugespielt und auch kein Goal geschossen wurde. Seriös budgetieren heisst, dass ein Betrag ins Budget aufgenommen wird. Wir wären jedoch sehr froh, wenn dieser Betrag nicht ausgerichtet werden müsste.

Raymond Anliker (SP) erinnert daran, dass der Rat gefordert habe, dass die Stadt aufgabenorientiert prüfen solle, welche freiwilligen Aufgaben sie leistet und welche sie nicht leisten müsste. Der Gemeinderat hat überprüft, ob die freiwilligen Beiträge gerechtfertigt sind und jetzt geht ein Schrei der Empörung durch unsere Reihen. Raymond Anliker glaubt, dass die Verhandlungsposition des Gemeinderats besser ist, wenn er mit einem reduzierten Betrag mit dem Kanton verhandelt. Er glaubt an die Zusicherung von Gemeinderätin Olibet, dass die Schule nicht darunter leiden werde.

Gemeinderätin *Edith Olibet* betont, wenn dieser Betrag ins Budget aufgenommen werde, entspreche dies einer Willenskundgebung. Die Erziehungsdirektion hat bereits einen entsprechenden Brief an die Regionsgemeinden verschickt. Es bemühen sich alle, eine gute Lösung zu finden. Die Schule wird nicht leiden, wenn der Antrag abgelehnt wird. Da es sich um eine kantonale Schule handelt, entscheidet die Erziehungsdirektion darüber, wer diese Schule besuchen kann und wer nicht – nicht die Gemeinden. Gemeinderätin Olibet bittet den Rat eindringlich, diesen Antrag abzulehnen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag Fraktion CVP/ARP mit 29 : 25 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu.

Antrag FIKO/GPK zur **Stadtgärtnerei**

S. 52 4900000 Stadtgärtnerei, Interne Verrechnung	- 790 390.00
S. 53 3900520 Friedhöfe, Interne Verrechnung	+ 790 390.00

Beschluss

Der Rat stimmt dieser Korrektur stillschweigend zu.

Antrag Fraktion GFL/EVP zu den **Stadtwerken**

S. 54 4630000 Gewinnablieferung	+ 2 000 000.00
---------------------------------	----------------

Michael Straub (EVP): Es geht um eine Erhöhung der Gewinnablieferung um 2 Mio auf 30,5 Mio Franken. Mit dem Stromhandel werden sehr grosse Gewinne erzielt, die im vorliegenden Budget nicht berücksichtigt werden. Wie auf der letzten Seite des Budgets aufgeführt, entscheiden Gemeinderat und Stadtrat im Rahmen des städtischen Voranschlages über die anzustrebende Gewinnablieferung der SWB. Ende des Jahres kommt dann das SWB-Reglement Art.25 zur Anwendung: *Der Gemeinderat beschliesst über die Gewinnverwendung*. Unser Antrag ist in der FIKO diskutiert worden. Es wurde beschlossen, das Thema Gewinnablieferung SWB zu einem späteren Zeitpunkt zu traktandieren, und dann darüber zu diskutieren, welchen Einfluss das Parlament auf die Festlegung von Gewinnablieferungen ausgelagerter Teile der Stadtverwaltung habe (SWB, StaBe usw.). Trotzdem stellen wir diesen Antrag im Stadtrat. Es soll dem Parlament später nicht vorgeworfen werden können, es habe seinen Einfluss mit einer Vorgabe für das Budgetjahr 2003 nicht geltend gemacht und deshalb auch keinen Anspruch auf eine Gewinnablieferung aus dem Stromhandel. Das EWB liefert der Stadt seit Jahren einen Gewinn ab. Diese Gewinnablieferung betrug 1995 mehr als 30 Mio Franken, was heute unter Berücksichtigung der Teuerung 31,6 Mio Franken entspricht. In den Folgejahren sank die Gewinnablieferung auf rund 27 Mio Franken. Begründung: Gemäss Rechtsprechung könnten max. 20% des Umsatzes auf dem EWB-Verteilnetz als Gewinnablieferung ausbezahlt werden (Kopplung an die Abonnentsgebühren). Die SWB sind nun eine Unternehmung mit eigener Rechnung nach neuem Reglement, die Stadt ist jedoch Eigentümerin. Zum guten Geschäft mit Stromeinkauf und Stromverteilung kommt neu der Stromhandel. Stromhandel hat nichts mit Stromverteilung und Abonnentsgebühren zu tun, denn der Gewinn aus dem Stromhandel muss nicht den Abonnenten ausbezahlt werden. Der Stromhandel ist ein profitables Geschäft für die SWB und es sind in den letzten drei Jahren sehr viele Rückstellungen vorgenommen worden – von 8 auf 44 Mio. Bei defensiv geschätzten Stromhandelsumsätzen von 25–30 Mio sollte der Stadt mindestens ein Gewinn von 4–6 Mio überschrieben werden. Abklärungen brauchen viel Zeit, das Budget 2003 kann jedoch nicht warten. Unsere Fraktion verlangt, dass der Stadt ein Gewinnanteil aus dem Stromhandel abgeliefert wird.

Michael Jordi (GB) unterstützt den Antrag im Namen der Fraktion GB/JA!/GPB. Auch der Gewinn, welcher die SWB in Zukunft der Stadt abliefern werden, ist eine politische Grösse. Eine politische Grösse, welche sich zwar auf den Jahresabschluss der SWB bezieht, bei der letztlich dennoch eine Marge für den politischen Entscheid besteht, wie gross die Gewinnablieferung an die Stadt sein soll. Die Stadt hat in der Vergangenheit sehr viel in diese Werke investiert. Die Zukunft ist mit oder ohne Elektrizitätsmarktgesetz in Bezug auf den Stromanteil der SWB ungewiss, das Unternehmen steht jedoch heute auf soliden Füßen und die Reserveschatullen sind proppenvoll. Es ist deshalb durchaus legitim, diese 2 Mio (rund 7%) Ge-

winnabschöpfung vorzusehen und den Gemeinderat aufzufordern, bei der Abrechnung entsprechend zu handeln und diesen Gewinn der städtischen Kasse zuzuführen.

Stephan Hügli (FDP): Falls das Elektrizitätsmarktgesetz vom Volk angenommen wird, wird der Markt zeigen, was möglich ist und was nicht. Im noch geltenden Elektrizitätsreglement vom 11. März 1993 steht in Art.9 Abs.1 und 2, dass das EWB einen Ertragsüberschuss von mindestens 10% des jährlichen Umsatzes anstreben müsse und dass über einen Zeitraum von 8 Jahren der Ertragsüberschuss im Durchschnitt höchstens 20% betragen dürfe. Die Limite ist somit festgesetzt. Der Antrag der Fraktion GFL/EVP widerspricht geltendem Recht. Stimmen wir diesem Antrag zu, wird das ganze Budget anfechtbar.

Ruth Rauch (SP) betont, die Frage, wie weit bei ausgelagerten Werken noch über eine Gewinnablieferung diskutiert werden könne, sei auch in der Fraktion SP/JUSO diskutiert worden. Wir kamen zum Schluss, dass die Gewinnablieferung vom Stadtrat beeinflusst werden könne, weil er die Budgethoheit besitze. Die Mehrheit unserer Fraktion stimmt diesem Antrag deshalb zu.

Barbara Mühlheim (SP) lehnt diesen Antrag ab, weil sie es wichtig findet, dass die Spielregeln eingehalten werden. Wir haben immer klar festgehalten, dass der Gemeinderat für die Gewinnabschöpfungsdiskussion zuständig sei. Der Antrag ist weder stufengerecht noch systemlogisch und kommt zum falschen Zeitpunkt. Der Gemeinderat hat mit den Werken diskutieren und festlegen müssen, wie viele Millionen in das Budget 2003 aufgenommen werden sollen. Sollte der Gemeinderat dieser Erhöhung zustimmen, stellt sich die Frage, weshalb die Fraktion GFL/EVP die Arbeit machen musste, die der Gemeinderat hätte machen müssen. Barbara Mühlheim geht davon, dass die Gewinnabschöpfung erst nach Vorliegen der endgültigen Beträge diskutiert werden sollte. Wenn tatsächlich mehr Gewinn erzielt wird als angenommen, kann er dann vom Gemeinderat abgeschöpft werden.

Margrit Thomet (SVP) verweist auf den oben erwähnten FIKO-Beschluss, eine Gewinnabschöpfung in einer späteren Sitzung zu thematisieren. Bevor die rechtliche Situation klar ist, können wir einem solchen Antrag nicht zustimmen.

Michael Jordi (GB) entgegnet Barbara Mühlheim, es gehe immerhin um 2 Mio Franken. Der Rat hat heute lange über Beträge von 50 000 Franken diskutiert. Um die beschlossenen kleineren höheren Beträge ausgleichen zu können, braucht es eine Korrektur, wie diese Erhöhung um 2 Mio Franken. Es liege auch nicht an ihr, zu bestimmen, wie das Elektrizitätsreglement in Bezug auf die Stellung der Werke interpretiert werden sollte. Im Reglement steht klar, wer für die Gewinnverteilung kompetent ist.

Michael Straub (EVP) entgegnet Stephan Hügli, wenn ein Gewinn erzielt werde und die Abonentengebühren gleich hoch blieben, hätten die Abonentengebühren keinen steuerlichen Charakter, weil keine Kopplung zu den Abonentengebühren vorliege. Die Abonentengebühren beziehen sich auf den Stromeinkauf und die Stromverteilung. Zudem ist eine Stromhandelsgewinnablieferung ökonomisch begründet. Ein Gewinn wird erzielt, ob das EMG angenommen wird oder nicht. Wenn kein Gewinn erzielt wird, wird auch kein Stromhandelsgewinn abgeliefert. Der Stadtrat kann dem Gemeinderat vorgeben, was er in dieser Sache erwartet.

Direktor HSE *Adrian Guggisberg* bemerkt, Gewinnablieferungen der Werke hätten im Stadtrat jedes Jahr Anlass zu Diskussionen gegeben, schon lange bevor die Werke ausgegliedert worden seien. Je nach Blickwinkel wurde die Gewinnablieferung als zu hoch oder zu niedrig

beurteilt. Es fand immer ein Ringen um das richtige Mass im Umgang mit Gewinnablieferungen statt. Die kontroversen Meinungen über die Höhe der Gewinnablieferung sind bereits im Gemeinderat und in der FIKO dargelegt worden. Gemeinderat Guggisberg betont, die beschlossene Gewinnablieferung sei bereits sehr hoch, denn im Schnitt der letzten Jahre habe sie 26,5 Mio Franken betragen. Für die einen ist die Höhe der Gewinnablieferung eine politische für andere eine betriebswirtschaftliche Grösse. Der Gemeinderat hat diesen Antrag lange diskutiert und schliesslich beschlossen, ihm zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag GFL/EVP mit 47 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

Die Sitzung wird um 16.45 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*